



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/162 - 20. Juli 1960

Wie veröffentlicht in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Die Aufgaben der Mannschaft

45

Nach der Sitzung des SPD-Vorstandes

2 - 5

Belgiens Sozialisten und der Kongo

71

Warnungen wurden mißachtet

Von Eberhard Dingels

4 - 5

Kieler Feinlichkeiten

70

Zur Verhaftung eines Mitwissers von

Prof. Heyde/Sawade

6

Bundesrepublikanisches Schilderwörter

30

Ärger für Autofahrer

\* \* \*

\* \*

Die Aufgaben der Mannschaft

Nach der Sitzung des SPD-Vorstandes

sp - Die in der in- und ausländischen Presse veröffentlichten Meldungen über die Bildung einer Mannschaft, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Wählern zur Bundestagswahl 1961 präsentiert werden soll, zeigen das grosse Interesse, das der SPD entgegengebracht wird. Die Namen, die hierbei genannt werden, haben eine repräsentative Bedeutung für bereits anerkannte Regierungsleistungen der deutschen Sozialdemokratie.

Es handelt sich bei den Vorschlägen, die der Zustimmung des am 24. August 1960 tagenden Parteirates bedürfen, nicht um ein "Schattenkabinett", wie es sich als Begriff im Sprachgebrauch Grossbritanniens eingebürgert hat. Die Mannschaft der Sozialdemokratie wird sowohl von der Leistung des einzelnen Mitgliedes, als auch von der Kraft der Sozialdemokratie schlechthin zeugen. Dass hierbei in dem einen oder anderen Falle, entsprechend den hinreichend bekannten und speziellen Arbeitsgebieten und Leistungen dieser Persönlichkeiten, Kombinationen über mögliche Regierungsämter angestellt werden, ist nur verständlich. Das ergibt sich aus der Natur der Sache. Aber jetzt schon darüber hinaus Endgültiges auszusagen zu wollen, wäre verfrüht.

Die Mannschaft wird nach ihrer Bestätigung durch den Parteirat mit der ihr vom Parteivorstand übertragenen Arbeit beginnen. Das heisst, sie wird ein Regierungsprogramm vorbereiten, das deutlich macht, welche konkreten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorstellungen eine von der Sozialdemokratie gebildete Bundesregierung hat.

Die meisten Mitglieder der sozialdemokratischen Mannschaft sind gleichzeitig Mitglieder des Parteivorstandes und des Präsidiums. Schon daraus ergibt sich, dass ihre Arbeit bei der Vorbereitung des Regierungsprogrammes auf der Basis des im vergangenen Jahre in Bad Godesberg verabschiedeten Grundsatzprogrammes und selbstverständlich in engstem Kontakt mit dem Parteivorstand und seinen Fachausschüssen erfolgen wird. Anderegeartete Überlegungen, die gelegentlich angestellt wurden und möglicherweise noch werden, sind sowenig.

Es sei auch darauf hingewiesen, dass wichtige politische Ereignisse, vor die wir Deutschen durch eine Veränderung der internationalen Situation gestellt werden könnten, in den Betrachtungskreis der Arbeiten für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm einbezogen werden müssen. Damit sei angedeutet, dass dieses Regierungsprogramm sowohl den grundsätzlichen Vorstellungen der Sozialdemokratie von einer deutschen Politik wie auch den aktuellen Aufgaben, die sich aus einer veränderten Lage ergeben, Rechnung zu tragen hat.

Der Parteitag in Hannover wird daher nicht nur die personellen Vorschläge, die bis dahin erarbeitet worden sind, zu berücksichtigen haben, sondern auch die politische Situation, die sich zu diesem Zeitpunkt uns darbietet. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass sich das sozialdemokratische Wollen in jeder Beziehung als eine geschlossene Aufgabe im Sinne der Festigung der deutschen Demokratie erweist.

+ + +

Belgiens Sozialisten und der Kongo

Von Eberhard Dingels

Die nach dem 1. Juli in der neuen Republik Kongo ausgebrochenen blutigen Auseinandersetzungen, die zu dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung und dem schließlichen Eingreifen der Vereinten Nationen geführt haben, bestätigen die Warnungen der belgischen Sozialisten in einer tragischen Weise. Seit Jahren bemühte sich die Sozialistische Partei Belgiens, die Regierung in Brüssel zu einer realistischen Einschätzung der Lage in der damaligen belgischen Kolonie zu bewegen. Jedoch sowohl die sehr deutlich ausgesprochenen Warnungen als auch die immer wieder gezeigte Bereitschaft, in dieser Frage zusammen mit der Regierungspartei, den Christlich-Sozialen, gemeinsame Lösungen zu überlegen, wurden missachtet oder brüsk zurückgewiesen. Die belgische Verwaltung und die herrschenden Kreise in Léopoldville kannten nur ein Ziel: die Ausschaltung der Sozialisten.

Man muß frühere Stellungnahmen der Sozialisten nachlesen, um zu erkennen, wie sehr ihre Vertreter in Parlament und der Presse Kritik an dem "zu spät und zu langsam" in der Politik der Entkolonisierung geübt haben. Denn noch, als schon das Datum der Unabhängigkeit festand, unternahmen die Behörden nichts, um die Kongolesen für die schwierige Arbeit der Selbstverwaltung zu schulen. Die Forderung der Sozialisten nach einer sofortigen "Afrikanisierung" der Verwaltungszweige im Kongo stieß auf den Widerstand der belgischen Kongo-Behörden, und der christlich-soziale Ministerpräsident besaß nicht die Macht, die aufsässigen Beamten zur Reue zu bringen. Zweimal allein drängte die sozialistische Kammerfraktion auf die Überufung des belgischen Oberkommandierenden der "Forces Publiques", des Generals Janssen, dessen Fähigkeiten - wie die Ereignisse jetzt bewiesen haben - zu Recht vor ihr angezweifelt worden sind. Es mutet fast prophetisch an, wenn die Sozialisten vor Jahresfrist erklärten, der Fortbestand des "Paternalismus" werde die Brüsseler Regierung eines Tages zur Rolle des "Liquidators eines Fehlschlages" verdammen. Die grossen Flüchtlingsströme von belgischen Staatsbürgern, die sich in den letzten Wochen aus allen Teilen des Kongo in die benachbarten Staaten ergossen, haben die warnenden Worte leider zur Wirklichkeit werden lassen.

Wohl selten hat eine Kolonialmacht so blind die Geschicke ihres überseeischen Territoriums geleitet, wie dies Belgien im Falle des Kongo getan hat. Es gibt einige 10 Techniker mittleren Grades, ein knappes Dutzend Akademiker afrikanischer Herkunft. Aber was heißt das schon angesichts der Bevölkerungsgröße und der Weite des Landes. Den Missionaren wurde die "Bildung", den Managern der "Union Minière du Katanga" das industrielle Training der afrikanischen Menschen überlassen. Fürwahr, welch ein trauriges Fazit christlich-sozialer Regierungspolitik im Kongo. Obwohl jeder einigermaßen Unterrichtete sich an den fünf Fingern abzählen konnte, welche katastrophalen Folgen der Mangel an Fachkräften für die neue Republik haben würde, wurden die vernünftigen und in die Zukunftweisenden Bemühungen der belgischen Sozialisten abgewiesen. Obwohl noch am 21. Juni 1960, knappe zehn Tage vor der Unabhängigkeit, der ehemalige belgische Außenminister und derzeitige aussenpolitische Experte der Sozialistischen Partei, Victor Laroock, die Regierung beschwor, sie möge sich um die Entsendung von UN-Einheiten in den Kongo bemühen, falls die Ereignisse dies notwendig machen würden, schlug man dies in Brüssel und am Kongo in den Wind.

Aber nicht nur die direkten Auswirkungen der kongolesischen Krise sind für die Sozialisten ein Anlaß der Sorge. Schon nehmen sich aus den Reihen der Flüchtlinge die Rufe nach einer Verdammung des Systems, die leicht die demokratische Struktur Belgiens erschüttern könnten. So gilt es denn, auch hier wachsam zu sein, um die Fundamente der Freiheit im Lande selbst zu schützen.

Das Eingreifen der UNO wurde von den Sozialisten sehr begrüßt, gibt dies doch die Gewähr, ein isoliertes Engagement der Großmächte im Kongo mit allen seinen Konsequenzen zu verhindern. Die Drohungen des sowjetischen Ministerpräsidenten werden aber von der Sozialistischen Partei mit scharfen Protesten beantwortet, und dies mit Recht. Das Bemühen der Partei ist im Augenblick auf die Sicherung der belgischen Staatsbürger im Kongo, auf die Eingliederung der Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben Belgiens und auf eine Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Kongolesen und Belgiern gerichtet. Allein letzteres veranlasste sie, die Regierung in Brüssel vor einer Anerkennung der separatistischen Provinzregierung von Katanga zu warnen, da dies den letzten Rest an Vertrauen zerstören würde.

Man kann ohne Zweifel behaupten, dass die belgischen Sozialisten mit ihrer Haltung vor und nach den Ereignissen im Kongo glänzend vor der Geschichte bestehen können. + + +

20. Juli 1960

### Kieler Peinlichkeiten

mu. - Die Behandlung des "Falles Heigl", jenes seines Amtes ent-  
hobenen Leiters des Landesgesundheitsamtes von Schleswig-Holstein, der  
endlich der Begünstigung des "Euthanasiemörders Hoyde/Sawade" be-  
schuldigt wird, ist das Musterbeispiel dafür, wie man es in unserem  
demokratischen Staat nicht machen sollte.

Die "Frankfurter Rundschau" hatte bereits am 16. November letzten  
Jahres, sechs Tage nachdem sich Hoyde im Untersuchungsgefängnis in  
Frankfurt wiederfand, berichtet, dass Dr. Heigl vor einem Jahr schon  
gewusst habe, hinter dem Flensburger Kervenarzt Dr. Sawade verborge  
sich der seit 1947 steckbrieflich gesuchte Professor Hoyde. Heigl hat-  
te nichts Eiligeres zu tun, als gegen die Zeitung Strafantrag wegen  
übler Nachrede und Verleumdung zu stellen, wie es die Pressestelle  
der Landeskanzlei des Ministerpräsidenten von Kassel (CDU) stolz ver-  
kündete.

Auf die drängenden Fragen der Sozialdemokraten hin kennzeichnete  
Justizminister Dr. Leverenz (FDP) am 30. November im Landtag zu Kiel  
den Dr. Heigl als einen Mann, der es massgebend mit vollrechte, dass  
der Hoyde in die Hände der Justiz geriet. Wörtlich erklärte Leverenz:  
"Im September 1959 wurde an den Leiter der Gesundheitsabteilung des  
Innenministeriums (Dr. Heigl) die Vermutung herangetragen, dass in  
Flensburg ein Arzt unter falschem Namen lebe und als Gutachter tätig  
sei. Er nahm an, dass es sich möglicherweise um den Kervenarzt Dr.  
Sawade in Flensburg handeln könnte. Das veranlasste ihn, sich sofort  
bei der Ärztekammer um Unterlagen über die Person dieses Dr. Sawade  
zu bemühen."

Inzwischen indes erklären die Staatsanwälte im Anklagetenor genau  
das Gegenteil, nämlich Heigl war jahrelang bestrebt, es nicht zu einer  
Festnahme des Hoyde kommen zu lassen. Aber längst vorher, nämlich am  
22. Dezember, stellte die "Frankfurter Rundschau" (der Heigl so wohl-  
wollenden Erklärung von Leverenz zum Trotz) gegen diesen Mann Straf-  
antrag wegen falscher Anschuldigung und Beleidigung. Darüber wurde der  
Öffentlichkeit nichts mitgeteilt. Die in eigener Sache sonst so sil-  
fertige Regierungspressestelle verbrochete dies nicht.

In seiner Aussage vor dem Landgericht in Frankfurt im Zivilprozess Landesregierung/"Frankfurter Rundschau" am 21. Januar 1960 sagte Heigl überraschend aus, gegen ihn laufe ein Strafantrag und auch ein Disziplinarverfahren wegen seiner angeblichen Kenntnis zum Fall Heyde. Er führte dann das aus, was die Journalisten längst wussten: In einem Schriftwechsel aus dem Jahre 1954 zwischen dem leitenden Arzt des Landeskrankenhauses in Heiligenhafen, Dr. Knolle, und dem früheren Kieler Universitätsprofessor Greutzfeldt steht geschrieben, dass Dr. Knolle den Dr. Heigl über den Fall Heyde informiert hat.

Indes, der Justizminister berichtete sich nicht vor dem Parlament und der Herr Heigl blieb weiter im Amt. Das ging dann so bis zum 25. Mai 1960. An diesen Tage sollte der Dr. Heigl vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf Drängen der Sozialdemokraten über seine Kenntnisse zum Fall Heyde/Sawade aussagen. Fünf Stunden vorher erschien aber überraschend Innenminister Dr. Lonke (CDU) vor der Presse und teilte mit, dass Generalstaatsanwalt Dr. Voss (CDU) Heigl wegen Begünstigung angeklagt hat. Er soll "entgegen seinen Dienstvorschriften nicht das Erforderliche zur Strafverfolgung Heydes unternommen" haben.

Somit war erreicht, dass die Peinlichkeiten um Heigl nicht vor dem Untersuchungsausschuss ausgeübt werden konnten, denn der Ausschuss will nun einmal nicht in schwebende Verfahren eingreifen. Minister Lonke unterliess es aber auch, der Presse eine ausführliche schriftliche Darstellung des Anklagegenosses zu geben, wie es noch im Fall Buresch gehandhabt worden war. Es ist schwer zu sagen, warum die Regierung so verfahren hat. Vielleicht liegen die Motive darin, dass Heigl ein CDU-Mann ist, der seinerzeit, als seine Partei in die Regierung kam, der Leiter des Landesgesundheitsamtes Dr. Glaser "verdrängte", der heute in Hamburg antizipiert.

Man sollte noch hinzufügen, dass Heigl 1954 den Reichsärztführer Conti in seiner Gesundheitsbehörde in Flensburg beherrschte und vermutlich zum Dank dafür von dieser NS-Größe den grossartigen Dienstwagen "erbt". Jedenfalls hat der Herr Heigl, der der Landesregierung zu Kiel so lange im milden Licht erschien, nach Auffassung der Staatsanwaltschaft einen Mörder begünstigt. Denn die Tötungen von Geisteskranken, für die der Heyde verantwortlich gerichtet wird, waren "rechtswidrige und schuldhaftige Tötungen".

Bundesrepublikanisches Schilderwirrwarr

sp - Sind es Zehntausend oder sind es Hunderttausend Ausländer, die in diesen Urlaubswochen über deutsche Straßen fahren? Ja, sind es Zehntausend oder Hunderttausend Deutsche, die jetzt ihre Fahrzeuge über ausländische Straßen lenken? Man weiß es nicht; aber dies weiß man: sie alle werden Ärger haben, einen Ärger, den es in einer Zeit nicht mehr geben müßte, in der man vom Zusammenrücken Europas spricht.

Was wir meinen, ist: es gibt zwar kaum noch zählbare europäische Behörden, aber es gibt noch keine europäischen Straßenverkehrsschilder. In Deutschland plagen sich die Ausländer im Angesicht von Schildern, die sie nicht kennen, und im Ausland geht es den Deutschen nicht besser. Aber mehr noch: da gibt es an unseren Straßen Schilder, die einige linguistische Kenntnisse voraussetzen. Da ist von Darketten, von Sichtbehinderungen, von gefährlichen Kurven und anderen Hindernissen die Rede - wie kommt eigentlich das Bundesverkehrsministerium zu der Annahme, der Piesenstrom der Ausländer müsse alle diese deutschen Wörter kennen?

Es scheint Europas Verkehrsministern zu gehen, wie es zuweilen Politikern ergeht: sie streben den Höhenflug an und bedenken nicht, daß ihre Bürger durchaus schon mit naheliegenden und sichtbaren Ergebnissen europäischer Koordinationsbestrebungen zufrieden wären. Vielleicht ist es den Ministern zu banal, sich um gemeinsame europäische Symbolschilder für den Straßenverkehr zu bemühen, dann sollen sie diese Aufgabe ihren Mitarbeitern übertragen. Aber tun sollten sie etwas, und sie sollten es so tun, daß in der Reisesaison des nächsten Jahres nicht wieder verlegene Touristen vor Schildern stehen, denen sie gerne gehorchen würden, verstünden sie sie nur. Es wäre freilich gut, ließe sich diese Arbeit im Dienste des besseren Verstehens der Völker ohne die Etablierung einer neuen "europäischen Behörde" leisten.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markschaffel